



ZEHN MONATE NACH PRÄSENTATION **Krankenhaus-Aus: Weiter Kritik an Politik**

27. JÄNNER 2026

GMÜND Anna Hohenbichler

Die geplante Schließung des Landeskrankenhauses sorgt weiter für Unmut, die Unsicherheit über die künftige medizinische Versorgung bleibt. Genauso wie die Frage, wie sich politische Vertreter aus der Region einsetzen. Die NÖN stellte sie den Abgeordneten aus dem Bezirk.

GMÜND Als am Donnerstagabend die Reportage „Kampf ums Krankenhaus“ in der ORF-Sendung „Am Schauplatz“ über die Bildschirme flimmerte, da durfte ein Besuch in Gmünd nicht fehlen. Unter anderem beim Rauswurf aus dem Landtag in St. Pölten und bei der Mahnwache vor dem Krankenhaus wurde der Verein #LKGmündbleibt begleitet. Und auch Stimmen eingefangen, die sagten, was oft zu hören ist: Im Hinblick auf das beschlossene Aus des Landeskrankenhauses sei man von politischen Vertretern enttäuscht, es traue sich keiner etwas dagegen zu sagen.

Dabei ist der Bezirk Gmünd mit seinen (nur mehr) über 35.000 Einwohnern bekanntlich stark vertreten – mit einem Mandat im Nationalrat, zwei im Bundesrat und zwei im Landtag. Beschlossen wurde der Gesundheitsplan 2040+ im März 2025 im Landtag, mit mehreren Maßnahmen für das ganze Land und auf mehrere Jahre verteilt. Vertreten war der Bezirk Gmünd dabei doppelt, mit der Amaliendorf-Aalfanger Vizebürgermeisterin Anja Scherzer für die FPÖ und dem Gmünder Stadtrat Michael Bierbach für die SPÖ. Wie sehen sie das Thema heute, zehn Monate danach?

„Unumstritten, dass wir etwas machen müssen.“ „Es gibt natürlich einen laufenden Austausch, auch partei- und gemeindeübergreifend“, sagt Anja Scherzer. Ihr Mandat sei eines für das ganze Land, aber: „Es ist mir insbesondere ein Anliegen, dass die Versorgung im Waldviertel und im Bezirk gewährleistet ist.“ Zum Zeitpunkt der Entscheidung und auch im Landtag sei „unumstritten gewesen, dass wir im Gesundheitsbereich etwas machen müssen“. Der vorgelegte Plan sei von Fachleuten erarbeitet worden, um Mängel zu beheben.

Die Details darüber, was er für Gmünd bedeutet, würden sich praktisch ständig verändern: „Man bringt immer wieder Rückmeldungen aus der Region ein, es passieren im Hintergrund wirklich viele Gespräche.“ Scherzer ist in der Landespartei Obmann-Stellvertreterin von Udo Landbauer und sieht bei allen Abgeordneten aus der Region das Bemühen, Rückmeldungen und Unmut in den jeweils eigenen Reihen weiterzutragen.

„Zuständigen auf die Finger schauen, manchmal auch hauen.“ Schon Monate vor Bekanntwerden des Gesundheitsplans hatte die SPÖ im Oktober 2024 davor gewarnt, dass der Betrieb an mehreren niederösterreichischen Klinik-Standorten stark verändert werden soll. Für Gmünd war damals noch die Rede von einem Aus der Akutversorgung und dem Dasein als „Sonderkrankenanstalt“. Landesgesundheitsagentur (LGA) und der damals zuständige Landesrat Ludwig Schleritzko (ÖVP) hatten das dementiert. Fünf Monate später lag der Gesundheitsplan dem Landtag zum Beschluss vor.

„Ich bin auch stinkesauer“, sagt Bierbach heute. Er stehe hinter den Bürgern und Initiativen und verweist auf „Bedenkensreden im Land“. Der Umgang mit dem Personal sei nicht in Ordnung, in Sachen Transport rund um Rotes Kreuz und Johanniter habe er eine Anfrage bei Landesrat Martin Antauer (FPÖ) deponiert. „Mein Part ist, den Zuständigen auf die Finger zu schauen, manchmal auch zu hauen. Und das mache ich“, so Bierbach: „Das lasse ich mir sicher nicht bieten und da steht die Partei auch hinter mir.“

Arbeit an einem eigenen Gesundheitskonzept. „Es ist für mich genauso ein schwieriges Thema wie für jeden Bürger“, sagt Bundesrätin und Moorbatharbachs Bürgermeisterin Margit Göll (ÖVP). Tatsächlich schwingt ein Ton mit, der emotionaler ist als bei anderen Themen. Die angekündigte Schließung des Landesklinikums und alles, was sich seit Bekanntwerden der Pläne getan hat, sei die wohl größte Herausforderung ihrer politischen Arbeit: „Die Leute verstehen schon, wenn es Veränderungen braucht. Das muss aber gut überlegt sein und erklärt werden.“

Sie hätte sich eine Klarstellung gewünscht, dass die Lokalpolitik nicht mitentschieden hat. Und verweist auf eine Arbeitsgruppe mit Personen aus dem Gesundheitswesen, einer mit Senioren und einer geplanten mit Vertretern der LGA. Was sie in Gesprächen mit Bürgern hört? „Viele sagen: So kann man mit uns nicht umgehen“, erzählt Göll. Ihre Aufgabe sieht sie darin, sich dafür einzusetzen, „ein breites Leistungsspektrum und auch die Wertschöpfung in der Region zu behalten“. Die Arbeitsgruppen sollen zu einem Konzept führen, das dann im Land vorgelegt wird.

„Wenn wir nicht mitgestalten, haben wir vielleicht wieder nichts.“ Gölls ÖVP-Bundesratskollege Sebastian Stark spricht von „strukturierter Arbeit, Diskussion und Moderation“. Die lokale Politik müsse Anliegen mitnehmen, weitertragen und Verbesserungen einfordern: „Ich stelle mich der Diskussion oft und vor vielen Gruppen.“ Für Zukunftsperspektiven brauche es ein breites Leistungsspektrum in der „Gesundheitsklinik“, Nachnutzungskonzepte und Maßnahmen zum Erhalt von Wertschöpfung und Struktur für die Region.

Man setze sich parteiübergreifend ein: „Der Wettbewerb darum, wer am meisten dagegen ist, bringt nichts.“ Gedanken zu einer Nachnutzung des Gebäudes präzisiert Nationalratsabgeordnete Martina Diesner-Wais (ÖVP) nicht. „Das Krankenhaus ist noch aufrecht, es wird dort tolle Arbeit geleistet“, sagt sie. Trotzdem sei es wichtig, möglichst viele Leistungen ins Konzept der „Gesundheitsklinik“ zu bringen.

Weil: „Wenn wir da jetzt nicht mitgestalten, haben wir am Ende vielleicht wieder nichts.“ Sie fordert unter anderem Operationssäle und ein Ausbildungszentrum für Allgemeinmediziner. Begleitet werde sie vom Gesundheitsthema immer, oft auch beim Einkaufen: „Wenn man so eine Funktion hat, dann hat man sie immer.“